

II-1225 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVI. Gesetzgebungsperiode

Nr. 667/J DRINGLICHE ANFRAGE

1984-04-10

der Abgeordneten Dr. Graff, Dr. Neisser, Hofer, Dr. Helga Rabl-Stadler,
Staudinger

und Genossen

an den Bundeskanzler

betreffend **Entscheidungsschwäche des Bundeskanzlers**

Die sozialistische Koalitionsregierung ist nunmehr fast ein Jahr im Amt - aber die größten Probleme unseres Landes sind entgegen den Versprechungen der Regierungserklärung weiterhin ungelöst.

Nur bei der Errichtung des unnötigen Konferenzpalastes gegen den Willen von 1,4 Mio. Österreichern und bei der Beschlußfassung des Belastungspaketes, das jeden österreichischen Erwerbstätigen im heurigen Jahr zusätzlich 9.000 Schilling kosten wird, handelte die Regierung Sinowatz/Steger rasch.

Gerade das Belastungspaket trägt aber wieder die Schuld daran, daß der Wirtschaftsaufschwung, der aus den westlichen Industrieländern kommt, von Österreich nicht voll genutzt werden kann.

So droht Österreich derzeit, mit einer fast doppelt so hohen Inflationsrate wie in der Bundesrepublik Deutschland, von der Gruppe der Stabilitätsländer abgekoppelt zu werden.

Um Österreich am internationalen Aufschwung voll teilhaben zu lassen, ist eine Reihe dringender Maßnahmen erforderlich:

1. ein grundlegender Kurswechsel in der Wirtschaftspolitik muß die Betriebe zu einer Investitionsoffensive anregen;

-2-

2. eine umfassende Steuerreform muß den Leistungswillen des einzelnen fördern;
3. eine tiefgreifende Budgetreform muß die Verschwendungsausgaben des Staates auf arbeitsplatzschaffende Investitionen umlenken.

In einer Zeit aber, in der zielstrebiges Handeln notwendig wäre, versucht die sozialistische Koalitionsregierung den Kurs der sozialistischen Alleinregierung fortzusetzen:

- o sie versäumte trotz Versprechen der Regierungserklärung eine Budgetreform;
- o sie verschleppt und verwässert die angekündigte Steuerreform;
- o sie ist nahezu untätig in der Frage der Jugendarbeitslosigkeit;
- o sie steht trotz anderslautender Erklärungen des Bundeskanzlers hilflos der ausufernden öffentlichen Verschwendung gegenüber;
- o sie schiebt die Entscheidungen im Bereich der Verstaatlichten Industrie entgegen aller Dringlichkeit auf die lange Bank und
- o sie setzt trotz aller Dementis, die Belastungspolitik des Finanzministers und des Sozialministers fort.

Die Kritik an der sozialistischen Koalitionsregierung geht längst über den Rahmen notwendiger Oppositionskritik hinaus. Prominente Sozialisten sowie parteiunabhängige in- und ausländische Zeitungen prangern die Entscheidungsschwäche und Handlungsunfähigkeit der Regierung Sinowatz/Steger an.

-3-

So Exbundeskanzler Dr. Bruno Kreisky im Kurier vom 31. März 1984: "Meine Freunde in der Partei und die Herren der FPÖ werden sich die Hemdsärmeln aufkrepeln müssen und werden sich halt sehr stark bemühen müssen."

Der Kärntner Landeshauptmann Leopold Wagner ortete in einem Interview im Kurier vom 28. März 1984 eine "Lethargie" in der SPÖ "von der man nicht wisse, ob diese da und dort schon Erschöpfungszustände sind".

Wissenschaftsminister Dr. Heinz Fischer gestand laut "Arbeiter-Zeitung" vom 29.3.1984: "Die SPÖ befindet sich derzeit in einem Tief."

Die "Wochenpresse" spricht von einem "zaudernden und beschwichtigenden Regierungsstil". Die "Kleine Zeitung" fragt, ob dem Bundeskanzler "die Bürde wirklich zu schwer" sei. Die "Oberösterreichischen Nachrichten" nennen den Bundeskanzler "Prolongierer", "Zögerer", "Zauderer"; das "Profil" fragt: "Schläft Sinowatz?"; die "Krone" wählt den Titel: "Die Kunst des Verschiebens". Den "Salzburger Nachrichten" war das Ergebnis der Klausur in Steyr "für eine Regierung zu dürftig" und die "Vorarlberger Nachrichten" schreiben von einer "Flaute" in der Regierung.

Aber nicht nur in Österreich, auch im Ausland mehren sich die kritischen Stimmen.

So in der "Süddeutschen Zeitung":

"Hiezu kommt, daß Bundeskanzler Sinowatz den Eindruck eines unsicheren Zauderers, sein Vizekanzler Steger, den der Inkompetenz macht. Die Regierung wirkt richtungslos und entscheidungsunfähig."

-4-

So in der "Frankfurter Allgemeinen":

"Sinowatz hat in den ersten Monaten seiner Regierungszeit nicht den Eindruck erweckt, ein Mann rascher, klarer Entscheidungen zu sein."

Dies ist zweifellos keine Kritik um ihrer selbstwillen. Im Gegenteil: wenn schon die Tatsache, daß der Bundeskanzler eine Strompreiserhöhung ablehnt und die Einhaltung des Budgets 1984 verspricht, zur Feststellung "Sinowatz neu" führt, so beweist dies das große **Bedürfnis** nach einer handlungs- und entscheidungsfähigen Regierung.

Angesichts der schwierigen Aufgabe, den internationalen Konjunkturaufschwung für Österreich optimal zu nützen, muß die österreichische Bundesregierung sowohl in der Sache als auch in den Personen handlungs- und entscheidungsfähig sein.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher an den Bundeskanzler folgende

A n f r a g e :

Welche Konsequenzen ziehen Sie aus der Tatsache, daß die von Ihnen geführte Regierung nach fast einem Jahr Amtszeit für keines der großen **Probleme unseres Landes** konkrete Lösungsvorschläge erstattet hat?

In formeller Hinsicht wird beantragt, diese Anfrage gemäß § 93 der Geschäftsordnung des Nationalrates dringlich zu behandeln und dem Erstunterzeichner Gelegenheit zur Begründung zu geben.